

ChGStb

Gen Mag. ENTACHER

Europäisches Forum Alpbach 2008 – Politische Gespräche

„Alte Allianzen – neue Partnerschaften“

**Panel: Bewaffnete Konflikte und globale Entwicklungen –
Herausforderungen aus mitteleuropäischer Perspektive**

Montag, 25. August 2008, 14:30 bis 16:00 Uhr

Erwin-Schrödinger-Saal

Es gilt das gesprochene Wort!

Begrüßung

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist mir eine besondere Ehre, im Rahmen der diesjährigen Politischen Gespräche des Europäischen Forums Alpbach, das Einleitungsreferat halten zu dürfen.

Die aktuellen internationalen Entwicklungen verleihen der heutigen Gesprächsrunde zum Thema „Bewaffnete Konflikte und globale Entwicklungen – Herausforderungen aus mitteleuropäischer Sicht“ eine besondere Aktualität.

Wenn es heute eine Gewissheit in der Sicherheitspolitik gibt, dann diese: zukünftige Entwicklungen und Ereignisse werden immer schwerer prognostizierbar und selbst als undenkbar erscheinende Geschehnisse können eintreten. Denken wir an den Fall der Berliner Mauer, die Kriege am Balkan, den 11. September oder den jüngsten Konflikt im Kaukasus. Aber auch an die zunehmende Zahl von Katastrophen.

In dieser Situation wird das Militär, wird das Österreichische Bundesheer immer mehr zu einem „multifunktionalen Kriseninstrument“, um auf den Faktor Unsicherheit flexibel reagieren zu können und von dem sich die Bürger zu Recht Schutz und Hilfe in Not- und Krisensituationen erwarten.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die westlichen Gesellschaften sind durch die Globalisierung verwundbarer geworden und von den Auswirkungen von Konflikten selbst in weiter Entfernung betroffen.

Unter den Bedingungen einer globalisierten Welt muss krisenhaften Entwicklungen dort begegnet werden, wo sie entstehen. Was am Balkan, am Kaukasus oder in Afrika passiert geht auch Österreich an! Es gilt zu verhindern, dass die Folgen dieser Konflikte nach Europa und Österreich getragen werden:

Also äußere Sicherheit als Voraussetzung zur Schaffung von innerer Sicherheit. Wer Sicherheit durch Isolation und Abschottung verspricht, vermittelt eine gefährliche Illusion.

Um auf das Thema dieses Panels einzugehen: Es ist die Kernaufgabe einer zeitgemässen Sicherheitspolitik, zu verhindern, dass globale negative Entwicklungen überhaupt zu bewaffneten Konflikten führen. Oder, wenn Konflikte einmal ausgebrochen sind, gilt es, diese so rasch als möglich wieder zu beenden, der

notleidenden Bevölkerung zu helfen und einen Beitrag zum Wiederaufbau funktionierender Staatswesen zu leisten. Prävention, Kooperation und umfassende Anlage sind die Grundvoraussetzungen, um diese Ziele wirksam erreichen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die zunehmende Vernetzung von innerer und äußerer Sicherheit macht auch die Frage obsolet, ob denn nun nationale oder internationale Einsätze Vorrang haben. Politisch und sachlich sind beide gleichwertig. Die Einsatzfähigkeit zur Bewältigung der Inlandsaufgaben ist und bleibt die erste Legitimationsbasis des Bundesheeres und ist das Fundament für unser internationales Engagement. Das österreichische Bundesheer wird daher auch in Zukunft sowohl seine angemessene Rolle im internationalen Krisenmanagement spielen als auch gleichzeitig ausreichend Truppen für die Inlandsaufgaben bereithalten.

Lassen Sie es mich in aller Deutlichkeit sagen:

Kein einzelner Staat und auch kein einzelnes Ministerium kann heute alleine Sicherheit garantieren. Es bedarf vielmehr auf nationaler Ebene eines gesamtstaatlichen ressortübergreifenden Ansatzes und international einer wirksamen Zusammenarbeit zwischen Staaten und Organisationen.

Das Bundesministerium für Landesverteidigung ist daher bestrebt in enger Abstimmung mit den anderen Ressorts, diesen umfassenden Sicherheitsansatz voranzutreiben. Wir haben die alte „Umfassende Landesverteidigung“ durch ein zeitgemäßes Konzept der „Umfassenden Sicherheitsvorsorge“ ersetzt.

Dieses Konzept ist kontinuierlich an die neuen Risiken wie Pandemien, Terrorismus oder Katastrophen anzupassen. Wir sind dabei, die Fähigkeit zur ressortübergreifenden Lagebeurteilung zu verbessern und ein gemeinsames Lagebild zu entwickeln, weil eine gemeinsame Einschätzung der Risiken Grundvoraussetzung für ein koordiniertes Vorgehen ist. Ganz aktuell haben wir mit der Erarbeitung eines innovativen gesamtstaatlichen Auslandseinsatzkonzepts begonnen, das neben der Frage der zukünftigen Finanzierung internationaler Aktivitäten auch innerstaatliche Entscheidungsabläufe und das Zusammenwirken aller staatlichen Instrumente verbessern wird.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Diese Grundüberzeugungen der internationalen Solidarität und Kooperation, der vernetzten Sicherheit und der Prävention spiegeln sich auch in den Prioritäten des Verteidigungsressorts:

Das Engagement am Westbalkan ist und bleibt gerade auch angesichts der noch immer bestehenden Unsicherheiten der Schwerpunkt der österreichischen Beiträge zum internationalen Krisenmanagement. Aktuell ist Österreich mit mehr als 600 Soldatinnen und Soldaten der größte Nicht-NATO-Truppensteller im Kosovo. Durch umfangreiche Begleitprojekte in den Bereichen Wirtschaft, Bildung und Wiederaufbau haben wir uns neben der militärischen Professionalität auch einen herausragenden Ruf im Bereich der zivil-militärischen Zusammenarbeit erworben. Unser militärisches Engagement ist eingebettet in eine langfristige politische Perspektive für den Balkan.

Ungeachtet der Tatsache, dass der Schwerpunkt der österreichischen Beteiligung am internationalen Krisenmanagement weiterhin am Westbalkan liegen wird, soll das österreichische Engagement auch in anderen Regionen weiterentwickelt werden.

Wir verfolgen derzeit sehr genau die Lageentwicklung in Georgien. Natürlich unterstützt Österreich alle internationalen Bemühungen zur weiteren Stabilisierung der Lage. Vorbehaltlich der politischen Entscheidung wird das Bundesheer neben der Unterstützung diverser Hilfslieferungen auch einen Beitrag zur Beobachtermission leisten.

Ich bin mir der Tatsache bewusst, dass die österreichische Bevölkerung Einsätzen außerhalb Europas eher skeptisch gegenübersteht. Ich sehe darin primär eine Aufforderung zur verbesserten Kommunikation! Wir und damit meine ich politische und militärische Verantwortungsträger, Experten sowie Medien müssen die sachlichen Erfordernisse den Bürgern besser erklären. Ich verstehe es als politische und militärische Führungsaufgabe, das Notwendige populär zu machen und komplizierte Zusammenhänge einsichtig darzustellen - auch wenn dies manchmal das „Bohren harter Bretter“ bedeutet.

Umfragen belegen, dass die Österreicher einer Beteiligung an Kampfeinsätzen in Afrika oder im Nahen Osten ablehnend gegenüberstehen. Gleichzeitig müssen wir

aber festhalten, dass sich Österreich nie dem Ruf verschlossen hat, Menschen in Not zu helfen und seinen Beitrag zum internationalen Frieden zu leisten. Die Schlussfolgerung lautet daher: Keine Einsätze ohne klare Mandatierung der Vereinten Nationen und der Europäischen Union und besonderer Gewichtung von (humanitären) Unterstützungsleistungen.

Unter dieser Prämisse ist auch der TSCHAD-Einsatz zu sehen. Die Beteiligung an der EUFOR Tschad mit rund 160 Soldaten ist einer der anspruchsvollsten Einsätze, den das Bundesheer je gemeistert hat. Die Rolle von EUFOR als Überbrückungsmission hat sich voll bestätigt: Es gelang, mehr als 250 000 Flüchtlinge zu schützen und die Sicherheitsvoraussetzungen für die Arbeit der Hilfsorganisationen entscheidend zu verbessern. Als Generalstabschef rufe ich angesichts der Diskrepanzen und Polemiken um diesen Einsatz alle Verantwortungsträger dazu auf, politische Interessenskonflikte nicht auf dem Rücken des Bundesheeres auszutragen. Sicherheitspolitik muss über den politischen Differenzen der Parteien stehen! Das gilt auch in Zeiten eines verstärkten innenpolitischen Wettbewerbs.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Rahmen eines „Europäischen Forums“ darf eine politische Einschätzung der weiteren Entwicklung der Europäischen Union nicht fehlen. Trotz der aktuellen Krise des europäischen Integrationsprozesses bleibt es die historische Leistung der EU, dass heute Kriege zwischen den europäischen Staaten, wie sie in der Geschichte dieses Kontinents mehr die Regel denn die Ausnahme waren, völlig unwahrscheinlich geworden sind. Wir dürfen aber nicht bei dieser historischen Leistung stehen bleiben. Dem friedlichen kerneuropäischen Raum steht heute eine immer instabiler werdende Peripherie gegenüber. Wenn wir daher Sicherheit und Frieden in der EU auch in Zukunft dauerhaft erhalten wollen, dann müssen wir - wie die Europäische Sicherheitsstrategie es nennt - unsere Nachbarschaft, in einen „Ring von befreundeten und stabilen Staaten“ verwandeln.

Alle Experten sagen vorher, dass die EU zukünftig mehr Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen wird müssen. Die EU wird zu einem international immer mehr nachgefragten und akzeptierten Krisenmanager. Gleichzeitig werden die Anforderungen vielfältiger. Die Einsätze werden quantitativ und qualitativ immer

anspruchsvoller. Deshalb muss die EU auch ihre militärischen Fähigkeiten sowie den besonderen zivil-militärischen Krisenmanagement-Ansatz weiter ausbauen. Dazu braucht sie auch die erforderlichen Mittel. Auf politischer Ebene brauchen wir ein gemeinsames europäisches Krisenmanagement-Konzept, eine gemeinsame Risiko- und Interessensdefinition und einen Integrationsmodus, der ein rascheres und flexibleres Fortschreiten im Bereich der ESVP erlaubt.

Sollte sich dies nur über den Weg eines sicherheitspolitischen Kerneuropas realisieren lassen – wie dies immer mehr Fachleute feststellen - so darf Österreich meines Erachtens nicht im Abseits stehen. Wenn auch die finanziellen Ziele umgesetzt werden, die die Bundesheerreformkommission im Allparteienkonsens beschlossen hat, so werden wir jedenfalls die militärischen Hausaufgaben erfüllen und uns vorbehaltlich der politischen Entscheidung für ein Kerneuropa der Verteidigung qualifizieren können.

Die Europäische Sicherheitspolitik darf aber nicht nur über die eigenen Grenzen hinaus schauen. Die Politik muss auch die unmittelbaren Sorgen und Erwartungen der Bürger ernst nehmen. Europäische Integration im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist kein Selbstzweck, sondern muss den konkreten Sicherheitsbedürfnissen der Bürger dienen. Die Menschen erwarten sich von der europäischen Sicherheitspolitik vor allem einen wirksamen Schutz vor den neuen Risiken. Wir müssen daher im europäischen Rahmen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir militärische Kräfte bei Katastrophen oder Terroranschlägen auch innerhalb des EU-Territoriums zum Einsatz bringen können.

Daher schlage ich unabhängig vom Reformvertrag von Lissabon eine unverzügliche Implementierung der für solche Fälle vorgesehenen „Solidaritätsklausel“ vor. Ich denke dabei insbesondere an die rasche Verfügbarmachung von zivil-militärischen Hilfspaketen nach Natur- oder technischen Katastrophen. Deutlicher können wir den Nutzen der ESVP für den Bürger nicht ersichtlich machen. Über solche konkrete Projekte können wir die Menschen in Österreich wieder für die Anliegen Europas zurückgewinnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

All dies hat natürlich auch unmittelbare Konsequenzen für das österreichische Bundesheer. Das Bundesheer muss sich an die sich wandelnden Herausforderungen

und Entwicklungen anpassen. Es gibt keine Alternative zur Weiterführung des eingeschlagenen Reformprozesses.

Wir befinden uns in der Umsetzung der Reform mit einer klaren Zielstruktur. Mit Unterstützung der Mitarbeiter aller Bereiche und Ebenen konnten in den letzten beiden Jahren wichtige Reformziele realisiert werden.

Angesichts zu knapper finanzieller Ressourcen ist es umso wichtiger, das vorhandene Geld klug und zweckorientiert auszugeben. Alle eingeleiteten Beschaffungsvorhaben wie etwa die Beschaffung von 145 Allschutztransportfahrzeugen, 15 ABC und Sanitätsschutzfahrzeuge oder Kampfmittelbeseitigungsroboter und Trinkwasseraufbereitungsanlagen dienen der Verbesserung des Schutzes unserer eingesetzten Soldaten und der Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Bundesheeres für die neuen Aufgaben.

Trotz aller tagespolitischer Polemik entwickelt sich auch die Eurofighter-Einführung sehr zufriedenstellend.

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich bei allen jenen bedanken, die die unumgängliche Neuausrichtung des Bundesheeres tagtäglich mit Leben erfüllen und so den „Weg des Wandels“ mitgestalten. Meine Aufgabe als Generalstabschef sehe ich insbesondere darin, Vertrauen zu schaffen sowie Planungssicherheit und ausreichend Ressourcen sicherzustellen, d. h. letztendlich mehr Geld einzumahlen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das österreichische Bundesheer leistet international einen beachtlichen Beitrag. Wir können stolz darauf sein, dass aktuelle internationale Studien bestätigen, dass wir bezogen auf unsere Größe einen überproportional hohen Prozentsatz an Soldaten in internationalen Einsätzen haben. Mit den mehr als 1300 Frauen und Männern in 14 Friedenseinsätzen auf drei Kontinenten liegt Österreich im europäischen Spitzenfeld. Gleichzeitig führen wir unsere Einsätze im Inland unvermindert fort. Das Bundesheer ist heute eine „Armee im Einsatz“. Während andere Staaten aufgrund laufender interner Reformen ihr internationales Engagement reduzieren mussten, ist es Österreich gelungen, den Beitrag konstant hoch zu halten. Wir werden dieses Niveau aber langfristig nur halten können, wenn es uns gelingt, den Investitionsanteil zu erhöhen.

Das hohe Niveau und die Professionalität unserer Männer und Frauen im internationalen Einsatz ist eine exzellente „sicherheitspolitische Visitenkarte“ Österreichs in aller Welt.

Auch ein kritisches Wort sei an dieser Stelle erlaubt: Während wir im internationalen Vergleich der militärischen Beitragsleistung relativ gut abschneiden, sind unsere zivilen Beiträge nicht auf Augenhöhe. [Von aktuell mehr als 2100 europäischen Exekutivbeamten stellt Österreich derzeit 29.] Ein umfassender Ansatz kann nur gelingen, wenn auch andere sicherheitsrelevante Ressorts diesen mittragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Immer wieder werde ich gefragt, wie internationales Engagement und Solidarität mit der Neutralität zusammenpassen und ob die Neutralität noch eine zeitgemäße Antwort auf die neuen Herausforderungen darstellt.

Es ist unbestritten, dass die Neutralität ein Kernelement der österreichischen Identität ist. Österreich verfügt in Form der Neutralität, in Kombination mit internationaler kooperativer Solidarität, über ein bewährtes Sicherheitskonzept.

Daher sieht auch die Bundesregierung keine Notwendigkeit von diesem bewährten Konzept abzugehen. Das bedeutet einerseits kein Bündnisbeitritt, andererseits aber sehr wohl eine enge Kooperation mit europäischen Partnern.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Es bleibt trotz dieser positiven Bilanz noch viel zu tun:

Aktuell veröffentlichte Studien über die Erfordernisse zur Weiterentwicklung der europäischen militärischen Strukturen weisen den zukünftigen Weg. Es geht um

- Fortsetzung der Europäisierung der nationalen militärischen Strukturen,
- bessere Nutzung der vorhandenen finanziellen Ressourcen,
- Erhöhung der Einsetzbarkeit militärischer Truppen für die neuen Sicherheitsaufgaben und um

- mutigere Schritte in den Bereichen gemeinsame Beschaffung, gemeinsame Nutzung und gemeinsamen Einsatz von Kapazitäten.

Auf jeden Fall werden wir das österreichische Profil der Beiträge des österreichischen Bundesheeres zu den internationalen Friedenseinsätzen anpassen und weiter schärfen!

Österreich sollte sich auch als Anbieter von Spezialfähigkeiten positionieren und profilieren, da im Bereich der internationalen Organisationen wie UNO oder EU durchaus ein Mangel an spezialisierten Kräften besteht. Ich denke, dass wir diesen Bedarf als Chance begreifen sollten.

Im Rahmen der politisch-militärischen Aufgabenstellungen im Bereich der Krisennachsorge, vermehrt aber auch im Rahmen der Krisenprävention, ist die Schaffung eines funktionierenden Sicherheitssektors dringend nötig. Sicherheitssektorreform ist zu einer politisch-militärischen Kernaufgabe der internationalen Organisationen geworden. Es geht darum, jene strukturelle Stabilität zu schaffen, die die Basis für politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt darstellt. Die Bereitstellung von Experten und Beratern für den Bereich der Sicherheitssektorreform ist mir daher ein besonderes Anliegen. Gleiches gilt für die – für eine nachhaltige Stabilisierung von Konfliktregionen ebenfalls so wichtigen – Programme zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von Kombattanten.

Die größte Stärke des Bundesheeres sehe ich im hohen Bildungs- und Ausbildungsniveau. Der Bereich der Ausbildung ist eine große Chance für die Zukunft. Wir werden uns daher noch stärker als Standort für internationale militärische oder zivil-militärische Ausbildungs- und Trainingsprogramme anbieten. Dabei streben wir eine enge Kooperation mit zivilen Institutionen, Universitäten sowie mit den zahlreichen in Österreich angesiedelten internationalen Organisationen an.

Eines ist klar: Dies alles können wir nicht alleine bewältigen. Wir brauchen gleichgesinnte und verlässliche Kooperationspartner, die an diesen Projekten interessiert sind und ähnliche Schwergewichte verfolgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die neuen Aufgaben erfordern auch neue Formen der Personalbereitstellung. Neben der Fortsetzung der Gewinnung von längerdienenden Freiwilligen

insbesondere für die rasch verfügbaren Krisenreaktionskräfte denken wir hier auch an eine Einbindung der Miliz auch unter geänderten Bedingungen. Es geht darum, durch eine Weiterentwicklung der Miliz das Potenzial der Milizangehörigen, speziell ihre breite gesellschaftliche Verankerung und das breite Spektrum ihrer beruflichen Qualifikationen für die vielfältigen neuen Aufgaben systematisch und kreativ nutzbar zu machen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch in aller Klarheit feststellen: Die allgemeine Wehrpflicht ist die angemessenste Wehrform für Österreich. Sie ist ein unverzichtbarer Garant für die Einsatzfähigkeit des Bundesheeres im Inland wie im Ausland. Darüber hinaus sorgt die Wehrpflicht dafür, dass Sicherheit die Angelegenheit aller Österreicher bleibt und die Politik dem Bundesheer die erforderliche Aufmerksamkeit schenkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Früherkennung und Prävention, kapazitätenbezogenes Planen, ressortübergreifende Zusammenarbeit und internationale Kooperation sind die Antwortversuche auf die eingangs skizzierte „strategische Unsicherheit“.

Wir leben in einer Zeit tiefgreifenden Wandels, auch die Verteidigungspolitik bleibt davon nicht unberührt und muss sich auf die neuen Aufgaben einstellen. Das Forum Alpbach wird wie jedes Jahr auch heuer einen wichtigen Beitrag zur sicherheitspolitischen Debatte in Österreich und zur besseren Erklärung sicherheitspolitischer Notwendigkeiten beitragen.

Mit Interesse sehe ich der nun folgenden Diskussion entgegen, die sicherlich weitere Denkanstöße liefern wird, und bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit!